

AKTENVERMERK

Herrenberg, den 20.06.2023
Stadt Wendlingen am Neckar
13003

WASSERWERK WENDLINGEN AM NECKAR

I. Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021

- **Auftrag und Auftragsdurchführung**

Die Arbeiten zum Jahresabschluss 2021 für den Eigenbetrieb „Wasserwerk Wendlingen am Neckar“ führten wir im Auftrag der Stadt im Juni 2023 am Ort durch und vollendeten diese in unserem Büro.

Auskünfte und Nachweise erteilten Frau Vetter und Herr Kruß.

Der Jahresabschluss wurde aus den Sachbüchern der Stadt unter Zuziehung notwendiger Belege in einer Abschlussbrücke entwickelt.

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Gewinn in Höhe von 119.338,04 € (i. Vj. Gewinn mit 306.050,13 €).

Weitere Einzelheiten zum Jahresabschluss ergeben sich aus den Erläuterungen zu den Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung jeweils im Anhang zum Jahresabschluss.

- **Konzessionsabgabe im Jahr 2021**

Der Gemeinderat hat im Jahr 2004 die Einführung von Konzessionsabgabe ab dem 01.01.2005 beschlossen. Zur Anpassung an die jüngsten Entwicklungen bei den Konzessionsvergaben für Strom und Gas empfehlen wir zu prüfen, ob eine neue Konzessionsvereinbarung für Wasser vereinbart werden soll, die sich an den aktuellen Strom-Konzessionsvertrag der Stadt anlehnt.

Die Berechnung der Konzessionsabgabe ist in Anlage 1 zu diesem Aktenvermerk dargestellt. Die Soll-Konzessionsabgabe für das Jahr 2021 in Höhe von 174.865 € ist in voller Höhe erwirtschaftet.

- **Vermögensplan-Abrechnung**

Die Vermögensplan-Abrechnung weist im Jahr 2021 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 103.834,02 € aus. Unter Berücksichtigung des Finanzierungsfehlbetrags aus dem Vorjahr mit 393.969,28 € fehlen dem Betrieb Ende 2021 Finanzierungsmittel in Höhe von 290.135,26 €.

Die Vermögensplan-Abrechnung des Jahres 2021 liegt diesem Aktenvermerk als Anlage 3 bei.

- **Rechnerische Wasserverluste**

Nach den Unterlagen der Stadt haben wir folgende Wasserverluste errechnet:

	2021 rd.cbm	2020 rd.cbm
Wasserbezug	449.400	589.100
Wassergewinnung	409.100	395.500
Spülwasser DB	-15.000	-15.000
Eigenverbrauch	<u>-31.400</u>	<u>-31.400</u>
Wasserdarbietung	812.100	938.200
Wasserabgabe	<u>744.100</u>	<u>861.100</u>
Rechnerischer Wasserverlust	<u>68.000</u>	<u>77.100</u>
Dgl. in % der Wasserdarbietung	8,40%	8,20%

Die rechnerischen Wasserverluste sind leicht gesunken und liegen nach wie vor im Durchschnitt uns bekannter Werte vergleichbarer Städte und Gemeinden.

- **Steuererklärungen 2021**

Die Steuererklärungen für 2021 haben wir ausgearbeitet. Die Steuerberechnung ergibt sich aus der Anlage 1 zu diesem Aktenvermerk.

Die Steuererklärungen und die E-Bilanz 2021 sind elektronisch an das Finanzamt zu übermitteln. Nach Feststellung des Jahresabschlusses und Prüfung der Steuererklärungen bzw. der E-Bilanz senden Sie uns bitte das Vollmachtformular unterschrieben zurück. Im Anschluss daran werden wir die E-Bilanz und die Steuererklärungen an das Finanzamt übermitteln und Ihnen entsprechende Kopien zuleiten.

- **Steuerliches Einlagekonto**

Vermögensübertragungen auf die dahinter stehende Trägerkörperschaft, die wirtschaftlich gesehen mit Gewinnausschüttungen vergleichbar sind, lösen den Abzug von 15 % Kapitalertragsteuer aus (§§ 20 Abs. 1 Nr. 10b EStG, 43 Abs. 1 Nr. 7c EStG, 43a Abs. 1 Nr. 6 EStG).

Für die Verwendung von Altrücklagen und Einlagen gilt dies nicht. Um eine Trennung in Gewinnausschüttungen und Einlagenrückzahlung vornehmen zu können, hat der BgA ein steuerliches Einlagekonto i.S.d. § 27 KStG zu führen und mit Hilfe des Formulars (KSt 1 Fa) zu erklären.

Das gemäß § 27 Abs. 2 i.V.m. Abs. 7 KStG gesondert festzustellende steuerliche Einlagekonto und die Neurücklagen haben sich in 2021 wie folgt entwickelt:

	steuerliches Einlagekonto €	Neu- rücklagen €
Stand 01.01.2021	90.000	2.456.595
Entnahmen oder Gewinnverwendung	0	0
Jahresergebnis	0	119.339
Einlagen	0	0
Stand 31.12.2021	<u>90.000</u>	<u>2.575.934</u>

Findet eine Kapitalreduzierung außerhalb des Stammkapitals statt (Gewinnausschüttung oder Verringerung der Allgemeinen Rücklage), gelten positive „Neurücklagen“ als zuerst verwendet. Die Verwendung der Neurücklagen löst Kapitalertragsteuer (15 %) nebst Solidaritätszuschlag (5,5 % der Kapitalertragsteuer) aus.

- **Eigenkapitalausstattung zum 31. Dezember 2021**

	31. DEZEMBER 2021	
	€	€
a) Höhe des angemessenen Eigenkapitals		
Summe Aktivseite	10.650.697	
abzüglich empfangene Ertragszuschüsse	<u>0</u>	
	10.650.697	
Notwendiges Eigenkapital (30 %-Grenze)		3.195.209
b) Tatsächliches Eigenkapital		
Stammkapital	1.022.589	
Rücklagen	131.941	
Bilanzgewinn	<u>2.389.186</u>	
		<u>3.543.716</u>
c) Kapitalüberdeckung		<u>348.507</u>
in %		33,27%

Das Eigenkapital des Wasserwerks ist im Hinblick auf die Verzinsung von Trägerdarlehen bzw. der Kassenrechnung und der damit verbundenen Rechtsauffassung der Finanzverwaltung ausreichend bemessen. Die Eigenkapitalquote beträgt Ende 2021 rd. 33,3 % und liegt damit über der Mindestanforderung von 30 % (R 8.2 Abs. 2 KStR).

- **Antrag auf Erstattung der Stromsteuer**

Nach §§ 9 und 10 StromStG wird auf Antrag die Stromsteuer für Unternehmen des produzierenden Gewerbes zu 90 % erstattet, soweit die Steuer im Kalenderjahr 1.000 € sowie die Absenkung der Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung des Unternehmens für das Jahr 2021 im Vergleich zum Jahr 1998 übersteigt.

Der sog. Spitzenausgleich gem. § 10 StromStG wird kommunalen Unternehmen des produzierenden Gewerbes ab dem Antragsjahr 2013 nur noch dann gewährt, wenn das Unternehmen dem Hauptzollamt neben dem bisherigen Entlastungsantrag zusätzlich ein Testat über den Beginn der Einführung eines Energie- oder Umweltmanagementsystems einreicht.

Kommunale Unternehmen des produzierenden Gewerbes können unabhängig von der Gewährung des Spitzenausgleichs des § 10 StromStG nach wie vor die **Ermäßigung** der Stromsteuer gem. § 9b StromStG beantragen. Für das Jahr 2021 musste der Antrag auf Ermäßigung gem. § 9b StromStG **bis zum 31.12.2022** beim Hauptzollamt gestellt werden.

- **Lagebericht**

Für Eigenbetriebe ist nach § 16 EigBG ein Lagebericht aufzustellen. Für diesen Lagebericht sind insbesondere auch die Punkte 1 bis 7 des § 11 EigBVO zu beachten. Dabei ist auch auf Änderungen im Bestand der wichtigsten Anlagen einzugehen. Zu erläutern sind ferner die Leistungsfähigkeit und der Ausnutzungsgrad von Anlagen, die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen, die Entwicklung der Umsatzerlöse, der Ertragslage und des Personalaufwandes.

Im Übrigen gilt § 289 HGB sinngemäß, nach dem zumindest der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebs darzustellen sind; dabei ist auch auf die Risiken der künftigen Entwicklung einzugehen. Aus dem europäischen Wettbewerbs- und Vergaberecht können sich insbesondere dann Auswirkungen auf kommunale Wasserversorgungen ergeben, wenn privates Kapital beteiligt ist.

- **Unterschrift Jahresabschluss**

Der Jahresabschluss ist vom Betriebsleiter unter Angabe des Datums zu unterzeichnen, § 245 HGB i.V.m. § 7 EigBVO. Die Unterschriftenzeile hierfür ist am Ende des Anhangs vorgesehen.

- **Bilanzfeststellung**

Anlässlich der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 durch den Gemeinderat empfehlen wir, den Jahresgewinn 2021 mit 119.338,04 € auf neue Rechnung vorzutragen.

II. Allgemeine Punkte zum Jahresabschluss

- **Wirtschaftsrechtliche Grundlagen**

Das Wasserwerk Wendlingen a.N. ist eine Versorgungseinrichtung i.S. des § 14 Abs. 1 Satz 2 KAG. Versorgungseinrichtungen können einen Ertrag für den Haushalt der Stadt abwerfen.

Das Wasserwerk Wendlingen a.N. wird nach § 1 EigBG als Eigenbetrieb geführt. Der Eigenbetrieb ist als Sondervermögen der Stadt gesondert zu verwalten und nachzuweisen (§ 12 Abs. 1 Satz 1 EigBG). Der Eigenbetrieb soll eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaften (§ 12 Abs. 3 EigBG).

Hinsichtlich der Kalkulation der Wassergebühren gilt das Kommunalabgabengesetz. Nach § 14 Abs. 1 KAG dürfen die Gebühren höchstens so bemessen werden, dass die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gedeckt werden. Nach § 44 Abs. 3 WG gehört die Löschwasserversorgung zur öffentlichen Wasserversorgung.

- **Ausübung von Ansatz- und Bewertungswahlrechten**

Für den Jahresabschluss finden nach § 7 EigBVO die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluss der großen Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuchs (HGB) sinngemäß Anwendung.

Hinsichtlich des Ansatzes und der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden eröffnet das HGB gewisse Wahlrechte. Diese Wahlrechte sind grundsätzlich von den Vertretern des Betriebs auszuüben.

- **Empfangene Ertragszuschüsse**

Wasserversorgungsbeiträge und Hausanschlusskostenersätze, die bis zum Jahr 2003 vereinbart worden sind, werden mit 5 % jährlich erfolgswirksam aufgelöst (§ 8 EigBVO). Eine Übersicht über die Entwicklung der Ertragszuschüsse des Jahres 2021 liegt diesem Aktenvermerk als Anlage 2 bei.

Ab dem Jahr 2003 vereinbarte Wasserversorgungsbeiträge und Hausanschlusskostenersätze sind nach dem BMF-Schreiben vom 27.05.2003 (BStBl 2003 I, 361) als Kapital- bzw. Investitionszuschüsse i.S.d. R 6.5 EStR einzustufen. Daraus folgt ein **Wahlrecht**, die Baukostenzuschüsse als Betriebseinnahmen anzusetzen oder von den Anschaffungs- und Herstellungskosten der Versorgungsanlagen abzusetzen. Das vorgenannte Wahlrecht wird allerdings bei als Eigenbetrieb geführten Versorgungsunternehmen über das Eigenbetriebsrecht, nach dem kein Ansatz der Baukostenzuschüsse als Betriebseinnahme zulässig ist, wieder eingeschränkt.

Dementsprechend werden die ab dem Jahr 2003 anfallenden Wasserversorgungsbeiträge und Hausanschlusskostenersätze von den Anschaffungs- und Herstellungskosten des Leitungsnetzes gekürzt.

III. Umsatzsteuerliche Informationen

- **Durchschnittsätze für land- und forstwirtschaftliche Betriebe gemäß § 24 UStG**

Die Stadt hat die Wahrnehmung der Option des § 24 Abs. 4 UStG zur Regelbesteuerung gegenüber dem Finanzamt erklärt.

Mit dem Jahressteuergesetz 2020 ist bezüglich der Umsatzbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft eine Änderung mit Wirkung ab dem 01.01.2022 eingeführt worden. Sofern der Vorjahresumsatz der Stadt (also die Summe der Umsätze aller BgA's) mehr als 600.000 € beträgt, kann die Durchschnittssatzbesteuerung gem. § 24 UStG nicht mehr angewendet werden.

- **Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 Satz 3 UStG**

Die Stadt hat die Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 Satz 3 UStG in 2016 fristgerecht abgegeben. Ein Widerruf der Optionserklärung ist bisher nicht erfolgt. § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung war damit über den 31.12.2016 hinaus bis längstens zum 31.12.2020 weiterhin anzuwenden.

Durch Beschluss des Corona-Steuerhilfegesetzes (BGBl. 2021 I, 1385) wurde der Optionszeitraum um weitere zwei Jahre bis längstens zum 31.12.2022 verlängert. Darüber hinaus hat der Bundesrat am 16.12.2022 dem Jahressteuergesetz 2022 zugestimmt, das eine weitere **Verlängerung des Optionszeitraums bis zum 31.12.2024** beinhaltet. Für die Stadt besteht insoweit kein Handlungsbedarf, da die Verlängerung automatisch gewährt wird. Das Widerrufsrecht bleibt davon unberührt (§ 27 Abs. 22a UStG).

Im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses des städtischen Wasserwerks haben wir die Thematik möglicher Vorteile aufgrund einer eventuellen Steuerbarkeit der Vermögensverwaltung durch eine vorgezogene Anwendung des § 2b UStG mit der Verwaltung erörtert.

- **Billigkeitsmaßnahme zu Nutzungsänderungen von BgA durch Corona-Krise**

In seinem Schreiben vom 11.01.2022 (III C 2 – S 7030/20/10004:008 2020/1363461) führt das BMF folgendes aus:

„Für Nutzungsänderungen von Unternehmen der öffentlichen Hand im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Krise wird gem. § 163 AO aus sachlichen Billigkeitsgründen bis zum **31. Dezember 2022** von der Besteuerung einer unentgeltlichen Wertabgabe nach § 3 Abs. 9a UStG und einer Vorsteuerkorrektur nach § 15a UStG abgesehen, wenn und soweit der Sachverhalt in einer Nutzung zur Bewältigung der Corona-Krise begründet ist. Zeiten, in denen ein Gebäude aufgrund der Kontaktbeschränkungen oder ähnlicher durch Corona bedingte Gründe nicht vermietet werden kann, führen nicht zu einer Nutzungsänderung gegenüber dem Zeitraum vor den Kontaktbeschränkungen.“

Mit BMF-Schreiben vom 14.12.2022 (III C 2 – S 7030/20/10004:004 2022/1290403) wurde die o.g. Billigkeitsregelung bis zum **31.12.2022 verlängert**.

Dies bedeutet, dass bei der Vermietung von Sportstätten bzw. Sport- und Mehrzweckhallen, die durch Corona bedingte Gründe nicht vermietet werden konnten bzw. können, zumindest bis zum Ende des Veranlagungszeitraum **2022** die Nutzungsschlüssel aus der Zeit vor der Corona-Krise angewandt werden dürfen.

IV. Ertragsteuerliche Informationen

- **Steuerfreiheit der Einnahmen aus dem Betrieb von Photovoltaikanlagen**

Nach § 8 Abs. 1 KStG i.V.m. § 3 Nr. 72 EStG sind im Veranlagungszeitraum 2022 Einnahmen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Photovoltaikanlagen **steuerfrei**, d.h. sie unterliegen nicht der Körperschaftsteuer **sofern** die PV-Anlagen auf nicht zu Wohnzwecken dienenden Gebäuden installiert sind und eine Bruttoleistung lt. Marktdatenstammregister je Anlage von 30 kW (peak) sowie von insgesamt 100 kW (peak) nicht überschritten wird.

- **Sonstiges**

Weiterführende Informationen finden Sie auf unserer Homepage **www.kobera.biz**.

Vorstehende Punkte wurden während der Arbeiten zum Jahresabschluss mit Frau Vetter erörtert.

gez.: v. Württemberg

Anlagen:

1. Konzessionsabgabe- und Steuerberechnung 2021
2. Entwicklung empfangener Ertragszuschüsse 2021
3. Vermögensplan-Abrechnung 2021

KONZESSIONSABGABE- UND STEUERBERECHNUNG FÜR 2021

	€	€
1. Jahresergebnis 2021		
Rohergebnis	254.319,68	
Steuervorauszahlungen	83.698,07	
- Konzessionsabgabe	<u>-174.865,00</u>	
Ergebnis vor Gewerbe- und Körperschaftsteuer	163.152,75	
- Gewerbesteuer	<u>-18.788,00</u>	
Ergebnis vor Körperschaftsteuer	144.364,75	
- Körperschaftsteuer	-23.722,00	
- Solz	<u>-1.304,71</u>	
Gewinn	<u>119.338,04</u>	
2. Mindesthandelsbilanzgewinn (MHBG)		
Buchwert Anlagevermögen zum 01.01.21	7.842.445,64	
davon 1,5 % = MHBG		117.637,00
3. Mindesttragsteuern		
a) Mindestkörperschaftsteuer		
MHBG	117.637,00	
Freibetrag gem. § 24 KStG	<u>-5.000,00</u>	
	<u>112.637,00</u>	
MKSt + SolZ + MGewSt	38,3294%	<u>43.172,00</u>
Probe: Einkommen		112.637,00
MKSt + SolZ + MGewSt		<u>43.172,00</u>
		155.809,00
Körperschaftsteuer § 23 KStG	15,00%	23.371,00
Solidaritätszuschlag	5,50%	1.285,41
GewSt	11,88%	<u>18.516,00</u>
		43.172,41
b) Mindestgewerbesteuer		
MHBG		117.637,00
Körperschaftsteuer § 23 KStG		23.371,00
Solidaritätszuschlag		1.285,41
Gewerbesteuer		18.516,00
Hinzurechnungen		
	Summe	
	€	€
§ 8 Nr. 1 a) GewStG Schuldzinsen	103.421,13	100,00% 103.421,13
§ 8 Nr. 1 d) GewStG Miet- und Pachtzinsen und Leasingraten für bewegliche WG d. Anlagevermögens	0,00	20,00% 0,00
§ 8 Nr. 1 e) GewStG Miet- und Pachtzinsen und Leasingraten für unbewegliche WG d. Anlagevermögens	0,00	50,00% 0,00
§ 8 Nr. 1 f) GewStG Konzessionsabgaben	174.865,00	25,00% <u>43.716,25</u>
		147.137,38
abzüglich Freibetrag		<u>-147.137,38</u>
		0,00
1,2 % des Einheitswertes der Betriebsgrundstücke	15.103,00 €	hiervon 25 % 0,00 hiervon 1,2 % <u>-182,00</u>
		160.627,41
Freibetrag gem. § 11 GewStG		<u>-5.000,00</u>
		155.627,41
abgerundet		<u>155.600,00</u>
Meibetrag 3,5 %		5.446,00
Hebesatz § 16 GewStG:	340,00%	<u>18.516,00</u>
		18.516,00
Summe		160.809,41
Rohüberschu		<u>338.017,75</u>
Frei für KA		177.208,34
maximale - KA des laufenden Jahres		174.865,00
nachholbare KA		<u>0,00</u>
		174.865,00
zu berücksichtigende KA		<u>174.865,00</u>

KONZESSIONSABGABE- UND STEUERBERECHNUNG FÜR 2021

4. Steuerberechnung

		€	€
a) Gewerbesteuer			
Ergebnis vor Gewerbe- und Körperschaftsteuer			163.152,75
Hinzurechnungen		Summe	
	€	€	
§ 8 Nr. 1 a) GewStG Schuldzinsen	103.421,13	100,00%	103.421,13
§ 8 Nr. 1 d) GewStG Miet- und Pachtzinsen und Leasing- raten für bewegliche WG d. Anlagevermögens	0,00	20,00%	0,00
§ 8 Nr. 1 e) GewStG Miet- und Pachtzinsen und Leasing- raten für unbewegliche WG d. Anlagevermögens	0,00	50,00%	0,00
§ 8 Nr. 1 f) GewStG Konzessionsabgaben	174.865,00	25,00%	43.716,25
Zwischensumme			147.137,38
abzüglich Freibetrag			-147.137,38
		0,00 €	hiervon 25 % 0,00
1,2 % des Einheitswertes der Betriebsgrundstücke		15.103,00 €	hiervon 1,2 % -182,00
			162.970,75
Freibetrag			-5.000,00
			157.970,75
			157.900,00
Meßbetrag 3,5 %			5.526,00
Hebesatz § 16 GewStG:		340,00%	18.788,00
b) Körperschaftsteuer			
Ergebnis vor Körperschaftsteuer			163.152,00
Verlustabzug			0,00
Freibetrag gem. § 24 KStG			-5.000,00
			158.152,00
Körperschaftsteuer § 23 KStG:		15,00%	23.722,00
Solidaritätszuschlag		5,50%	1.304,71
Summe			25.026,71

5. a) Konzessionsabgabe des lfd. Jahres

Verbrauchsgebühr	2,18 €		Konzessionsabgabe	
	cbm	Verbrauchsgebühr €	Erlös €	%
Wasserabgabe 2021				€
Tarifabnahme	2.274	2,30	5.230,00	10
Tarifabnahme	690.341	2,18	1.504.943,00	10
Tarifabnahme	0	0,00	0,00	10
Tarifabnahme	14.566	1,96	28.549,00	10
Großabnehmer über 6000 cbm	14.141	1,96	27.716,00	1,5
Großabnehmer über 6000 cbm	0	1,96	0,00	1,5
Großabnehmer über 6000 cbm	22.770	2,18	49.639,00	1,5
Bereitstellungsgebühr	0	0,25	0,00	1,5
		<u>744.092</u>		
Wassererlöse			1.616.077,00	
Grundpreis			198.315,04	10
			<u>19.832,00</u>	
Summe Erlöse			1.814.392,04	
Maximale Konzessionsabgabe für das laufende Jahr				<u>174.865,00</u>
b) Nicht erwirtschaftete KA	Stand 01.01.	Nachholung Zugang	Stand 31.12.	
	€	€	€	
nachholbare KA 2019	0,00	0,00	0,00	
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	
nachholbare KA insgesamt	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	

KONZESSIONSABGABE- UND STEUERBERECHNUNG FÜR 2021

6. Steuerabrechnung**a) Gewerbesteuer**

	€	€
Gewerbesteuer lt. Ziffer 4		18.788,00
Vorauszahlungen		<u>17.788,00</u>
Nachzahlung		<u>-1.000,00</u>

b) Körperschaftsteuer

		€
Steuerbilanzgewinn		119.338,00
Steuerfreie Bezüge i.S.d. § 8b Abs. 1 KStG		0,00
Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben § 10 Nr. 2 KStG		43.816,00
Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben § 8b Abs. 5 KStG		<u>0,00</u>
Gesamtbetrag der Einkünfte		163.154,00
Verlustabzug		0,00
Freibetrag		<u>-5.000,00</u>
Zu versteuerndes Einkommen		<u>158.154,00</u>
Körperschaftsteuer § 23 KStG:	15,00%	23.723,00
Solidaritätszuschlag	5,50%	<u>1.304,77</u>
Festzusetzende Körperschaftsteuer/SolZ		25.027,77
Vorauszahlungen:		
Festzusetzende Körperschaftsteuer/SolZ		65.910,07
anrechenbare Kapitalertragsteuer		0,00
anrechenbarer SolZ		<u>0,00</u>
		<u>65.910,07</u>
Erstattung		<u>40.882,30</u>

7. Entwicklung des verbleibenden Verlustvortrags zur Körperschaftsteuer

	€
Verlustvortrag zum 31.12.2020	0,00
Verlustabzug lt. Ziffer 4	<u>0,00</u>
Verlustvortrag zum 31.12.2021	<u>0,00</u>

8. Abrechnung Konzessionsabgabe

Abzuführende Konzessionsabgabe lt. Ziffer 3	174.865,00
Vorauszahlungen	<u>0,00</u>
Verbindlichkeit an die Gemeinde	<u>174.865,00</u>

**ÜBERSICHT ÜBER DIE ENTWICKLUNG EMPFANGENER ERTRAGSZUSCHÜSSE
 IM WIRTSCHAFTSJAHR 2021**
1. Passivierte Ertragszuschüsse**a) Wasserversorgungsbeiträge**

Jahr	Ursprungs- betrag DM	Ursprungs- betrag €	Bisherige Auflösung €	Stand 31.12.20 €	Zugang 2021 €	Entnahme 2021 €	Stand 31.12.21 €
1978-1986	785.878,66	401.813,38	401.813,38	0,00		0,00	0,00
1987	58.379,49	29.848,96	29.848,96	0,00		0,00	0,00
1988	35.496,12	18.148,88	18.148,88	0,00		0,00	0,00
1989	42.730,11	21.847,56	21.847,56	0,00		0,00	0,00
1990	186.985,86	95.604,35	95.604,35	0,00		0,00	0,00
1991	104.714,04	53.539,44	53.539,44	0,00		0,00	0,00
1992	123.405,09	63.096,02	63.096,02	0,00		0,00	0,00
1993	779.455,44	398.529,24	398.529,24	0,00		0,00	0,00
1994	73.960,71	37.815,51	37.815,51	0,00		0,00	0,00
1995	31.814,90	16.266,70	16.266,70	0,00		0,00	0,00
1996	44.035,10	22.514,79	22.514,79	0,00		0,00	0,00
1997	140.891,83	72.036,85	72.036,85	0,00		0,00	0,00
1998	79.228,97	40.509,13	40.509,13	0,00		0,00	0,00
1999	36.898,81	18.866,06	18.866,06	0,00		0,00	0,00
2000	14.786,45	7.560,19	7.560,19	0,00		0,00	0,00
2001	10.707,13	5.474,47	5.341,47	133,00		133,00	0,00
2002	5.169,14	2.642,94	2.510,94	132,00		132,00	0,00
	2.554.537,85	1.306.114,47	1.305.849,47	265,00	0,00	265,00	0,00

b) Hausanschluss-Kostensätze

1978-1986	164.714,87	84.217,38	84.217,38	0,00		0,00	0,00
1987	16.313,39	8.340,90	8.340,90	0,00		0,00	0,00
1988	14.070,38	7.194,07	7.194,07	0,00		0,00	0,00
1989	20.593,83	10.529,46	10.529,46	0,00		0,00	0,00
1990	18.756,11	9.589,85	9.589,85	0,00		0,00	0,00
1991	15.681,97	8.018,06	8.018,06	0,00		0,00	0,00
1992	62.977,87	32.200,07	32.200,07	0,00		0,00	0,00
1993	49.404,97	25.260,36	25.260,36	0,00		0,00	0,00
1994	30.648,08	15.670,11	15.670,11	0,00		0,00	0,00
1995	33.345,07	17.049,06	17.049,06	0,00		0,00	0,00
1996	19.146,79	9.789,60	9.789,60	0,00		0,00	0,00
1997	12.338,98	6.308,82	6.308,82	0,00		0,00	0,00
1998	19.812,51	10.129,98	10.129,98	0,00		0,00	0,00
1999	15.881,59	8.120,13	8.120,13	0,00		0,00	0,00
2000	24.038,14	12.290,51	12.290,51	0,00		0,00	0,00
2001	33.353,86	17.053,56	17.053,56	0,00		0,00	0,00
2002	14.628,59	7.479,48	7.275,48	204,00		204,00	0,00
2003	37.913,82	19.385,03	18.415,03	970,00		970,00	0,00
	603.620,82	308.626,43	307.452,43	1.174,00	0,00	1.174,00	0,00

2. Ertragszuschüsse mit aktivischer Absetzung

Jahr	Ursprungs- betrag	Ursprungs- betrag	Bisherige Auflösung	Stand 31.12.20	Zugang 2021	Entnahme 2021	Stand 31.12.21
2003	25.831,88	13.207,63	5.775,63	7.432,00		330,00	7.102,00
2004	52.812,61	27.002,66	11.311,66	15.691,00		676,00	15.015,00
2005	32.980,24	16.862,53	6.716,53	10.146,00		422,00	9.724,00
2006	75.374,83	38.538,54	14.398,54	24.140,00		964,00	23.176,00
2007	41.003,45	20.964,73	7.297,73	13.667,00		525,00	13.142,00
2008	81.035,22	41.432,65	13.139,65	28.293,00		1.036,00	27.257,00
2009	87.374,34	44.673,79	13.090,79	31.583,00		1.117,00	30.466,00
2010	20.820,98	10.645,60	2.910,60	7.735,00		266,00	7.469,00
2011	22.061,02	11.279,62	2.817,62	8.462,00		282,00	8.180,00
2012	51.209,79	26.183,15	5.886,15	20.297,00		654,00	19.643,00
2013	42.236,32	21.595,09	4.296,09	17.299,00		540,00	16.759,00
2014	65.343,62	33.409,66	5.730,66	27.679,00		835,00	26.844,00
2015	90.934,69	46.494,17	6.712,17	39.782,00		1.162,00	38.620,00
2016	34.909,06	17.848,72	2.193,72	15.655,00		446,00	15.209,00
2017	27.873,57	14.251,53	1.395,53	12.856,00		356,00	12.500,00
2018	144.710,77	73.989,44	3.854,44	70.135,00		1.850,00	68.285,00
2019	24.151,27	12.348,35	618,35	11.730,00		309,00	11.421,00
2020	42.465,49	21.712,26	514,26	21.198,00		543,00	20.655,00
2021					16.990,67	397,67	16.593,00
	963.129,15	492.440,12	108.660,12	383.780,00	16.990,67	12.710,67	388.060,00

VERMÖGENSPLANABRECHNUNG 2021

1. Finanzierungsüberschuss	Bilanz 31.12.21 €	Bilanz 31.12.20 €	kurzfristige Ausgaben €	kurzfristige Einnahmen €	langfristige Ausgaben €	langfristige Einnahmen €
AKTIVA						
Anlagevermögen	8.993.974,40	8.574.948,40			834.591,91	415.565,91
Vorräte	213.569,85	167.319,51	46.250,34			
Forderungen	1.108.905,20	909.377,04	199.528,16			
Guthaben bei Kreditinstituten	334.247,93	0,00	334.247,93			
	<u>10.650.697,38</u>	<u>9.651.644,95</u>				
PASSIVA						
Eigenkapital	3.543.715,69	3.424.377,65				119.338,04
Ertragszuschüsse	0,00	1.439,00			1.439,00	
Rückstellungen	46.432,03	71.394,80	24.962,77			
Darlehen	5.160.123,45	4.755.162,47			871.039,02	1.276.000,00
kurzfristige Verbindlichkeiten	<u>1.900.426,21</u>	<u>1.399.271,03</u>		501.155,18		
	<u>10.650.697,38</u>	<u>9.651.644,95</u>				
Gesamte Einnahmen/Ausgaben			604.989,20	501.155,18	1.707.069,93	1.810.903,95
Finanzierungsüberschuss				<u>103.834,02</u>	<u>103.834,02</u>	
Abstimmung			<u>604.989,20</u>	<u>604.989,20</u>	<u>1.810.903,95</u>	<u>1.810.903,95</u>
2. Vermögensplanvergleich						
Ausgaben	Plan €	Ist €			€	
Investitionen	1.224.000,00	821.229,21				
Darlehensstilgung	415.110,00	871.039,02				
Auflösung Ertragszuschüsse	1.440,00	1.439,00				
Nachfinanzierung aus Vorjahren	293.450,00	0,00				
Jahresverlust	0,00	0,00				
Sonstige Ausgaben	0,00	0,00				
	<u>1.934.000,00</u>	<u>1.693.707,23</u>				
			Unterschied Ausgaben		240.292,77	
Einnahmen						
Abschreibungen	380.000,00	384.467,54				
Anlagenabgänge	0,00	745,00				
Zuschüsse	63.000,00	16.990,67				
Jahresgewinn	111.000,00	119.338,04				
Aufnahme Darlehen	1.380.000,00	1.276.000,00				
Deckungsmittel Vorjahre	0,00	0,00				
Verschiedene Einnahmen	0,00	0,00				
	<u>1.934.000,00</u>	<u>1.797.541,25</u>				
			Unterschied Einnahmen		<u>136.458,75</u>	
					<u>103.834,02</u>	
3. Abrechnung						
Finanzierungsüberschuss	wie oben				103.834,02	
Finanzierungsfehlbetrag Vorjahre					<u>-393.969,28</u>	
Finanzierungsfehlbetrag					<u>-290.135,26</u>	